

05.10.2011 - 13:00 Uhr

Media Service: Liechtensteins Regierungschef Tschütscher: «Auch die Schweiz soll Griechenland ein Steuerabkommen anbieten»

Zürich (ots) -

Der Regierungschef von Liechtenstein, Klaus Tschütscher, setzt sich dafür ein, dass die Griechen ihr eigenes Geld zurückerhalten. «Es muss doch das Ziel eines jeden Staates sein, von den eigenen Einnahmen zu leben und nicht auf Kredite anderer angewiesen zu sein», erklärt er im Interview mit der «Handelszeitung». «In diesem Sinne sollten die EU-Staaten, aber auch Liechtenstein, die Schweiz oder Monaco Griechenland Steuerabkommen anbieten.» So erhielten die Griechen legitime Steueransprüche, also eigenes Geld, zurück.

Tschütscher sieht seinen Vorschlag nicht als Massnahme, um Liechtensteins Image nach Jahren der harschen Kritik auf dem europäischen Parkett aufzupolieren. «Im Rahmen der Sanierung des Staatshaushalts wird von der griechischen Regierung vor allem auch eine entschiedene Bekämpfung der Steuerhinterziehung der eigenen Bürger verlangt», erläutert der Regierungschef. Da seien die Griechen auf grenzüberschreitende Kooperationsbereitschaft angewiesen.

Für Tschütscher ist Steuerhinterziehung ohnehin kein Geschäftsmodell mehr. «Bis vor kurzem galten der mangelnde Informationsaustausch und die mangelnde Kooperationsbereitschaft bei Steuerfragen als Standortvorteil.» Heute müsse man sich angesichts der neuen internationalen Konstellation radikal von diesem Denken verabschieden, so der Regierungschef. Deshalb strebe Liechtenstein sinnvolle Steuerkooperationen an. Für Tschütscher ist klar: «Steuerhinterziehung ist heute kein Standortvorteil mehr, sondern zu einem Risikofaktor für jeden Standort geworden.»

Kontakt:

Weitere Auskunft erhalten Sie unter der Nummer 043 444 59 00.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100009535/100705251> abgerufen werden.